

Parteien des Saargebiets für die Einführung des Francs als alleiniges Zahlungsmittel plädierten und ebenso die französische Schulpolitik unterstützten, widerlegten sie die Behauptung, die gesamte Saarbevölkerung befände sich in genereller Opposition zu den Maßnahmen der Regierungskommission. Als sich die „bedeutungslose[n] Kommunisten und Unabhängige[n]“<sup>11</sup> im Herbst 1921 dazu verstiegen, die erste saarländische Delegation nach Genf zu torpedieren und wenige Wochen darauf eine eigene Denkschrift an den Völkerbund verfaßten, erfolgte der endgültige Bruch: In einem Vortrag vor der Berliner Ortsgruppe erklärte Vogel, die Linksparteien seien fortan nicht mehr als deutsche Brüder anzusehen<sup>12</sup>. Die Ausgrenzung der „moskauwitschen Lumpen“<sup>13</sup> zeigte sich in den folgenden Jahren unter anderem daran, daß diese weder in die Planungen zur Wiederbelebung des interfraktionellen Saarausschusses eingebunden, noch ihre parlamentarische Präsenz überhaupt zur Kenntnis genommen wurde<sup>14</sup>.

Nach offizieller Lesart war die Saarfrage eine nationale Angelegenheit des ganzen deutschen Volkes, die nicht in die Niederungen parteipolitischer Querelen absinken durfte. Hierdurch wurde das Problem der staatsrechtlichen Zugehörigkeit des Mandatslandes in moralischen Kategorien gehandelt und weitestgehend entpolitisiert. In Erinnerung an die Burgfriedensphase während des Weltkrieges versuchten die „Saar-Freunde“ eine überparteiliche Einheitsfront<sup>15</sup> aller zur Mitarbeit entschlossenen Kräfte aufzubauen. Diese sollte so lange Bestand haben, bis die Rückgliederung des Saargebiets an das Deutsche Reich vollzogen sein würde. Wenn schon nicht die extreme politische Linke vor den Propagandakarren der Geschäftsstelle gespannt werden konnte, mußten die gemäßigten Sozialdemokraten umso mehr bei der Stange gehalten werden, ließ sich doch nur so das Einheitsfrontidyll aufrechterhalten. So mangelte es gerade in den ersten Jahren nicht an entsprechenden Appellen<sup>16</sup>.

Das Verhältnis zwischen dem Bund der Saarvereine und der Sozialdemokratie war indes dadurch geprägt, eine Normalität nach außen zu demonstrieren, die hinter den

---

<sup>11</sup> SF 3 (1922) 4, S. 61.

<sup>12</sup> Vgl. Vortrag Vogels (27.10.21), in: SF 2 (1921) 22, S. 327 f. Wenn fortan von „allen Parteien“ die Rede war, mit denen die GSV kooperieren wolle und denen sie ihr Propagandamaterial zukommen ließ, so hieß das in ihrem Sprachgebrauch, daß die Schreiben den verschiedenen Fraktionen der SPD, des Zentrums, der DDP, der DVP, der DNVP sowie deren Nachfolge- und Splitterparteien zuzingen. Erste Kontakte zur NSDAP ergaben sich erst nach deren Wahlerfolg 1930.

<sup>13</sup> Brief Vogels an Kellner (20.09.32), in: BA-R 8014/89.

<sup>14</sup> 1926 forderte Vogel sogar von der Reichsregierung, auf eine Verschiebung der saarländischen Landesratswahlen hinzuwirken, da eine Stärkung der Kommunisten zu befürchten sei. Das AA erteilte diesem nicht zu realisierenden Anliegen umgehend eine Absage: Vgl. Brief der GSV an das AA (23.11.26) und Antwortschreiben (25.11.26), in: BA-R 8014/678.

<sup>15</sup> Vgl. hierzu: JEISMANN, S. 312 ff.

<sup>16</sup> Vgl. SF 2 (1921) 4, S. 40; SF 2 (1921) 7, S. 83; SF 2 (1921) 7, S. 90 f.; SF 3 (1922) 1, S. 2; SF 4 (1923) 20, S. 261 („Ist da nicht jeder einzelne Volksgenosse verpflichtet, sich in die Reihe der Kämpfer einzureihen, um die Einheitsfront gegen den unerbitterlichen Feind herzustellen? [...] Also eine Einheitsfront von der sozialdemokratischen bis zur deutschnationalen Volkspartei! Feuerdisziplin!“); SF 4 (1923) 22, S. 279; SF 5 (1924) 1, S. 11; SF 5 (1924) 9, S. 125.